

A stylized map of the African continent is formed by a grid of small dots. Most dots are light gray, but several are colored red, highlighting specific regions or countries. The map is centered on the page, with the title and subtitle overlaid on it.

SADC: Ambitionierte Ziele und alte Handlungsmuster

Fehlt der politische Wille zur Integration?

HELMUT ELISCHER UND JANINA HIRTH

Juli 2013

- Die Southern African Development Community (SADC) evaluiert die Wirkungen ihrer beiden wichtigsten strategischen Grundlagenpapiere.
- Für den Regional Indicative Strategic Development Plan (RISDP) hat das SADC-Sekretariat eine interne Prüfung abgeschlossen. Eine überarbeitete Version soll bis zum nächsten SADC-Gipfel im August 2013 vorgelegt werden.
- Die Realisierung des sicherheitspolitischen Strategic Indicative Plan for the Organ (SIPO) wurde überprüft und eine erneuerte Fassung als SIPO II verabschiedet.
- In Bezug auf die Ziele beider Strategiedokumente wurden zwar Fortschritte festgestellt, aber zur tatsächlichen Erreichung fehlen weiterhin wesentliche Komponenten.
- Unter den Regierungschefs mangelt es an politischem Willen zur Abgabe von Souveränität. In den Nationalstaaten spiegelt sich dies in der geringen Bereitstellung von Ressourcen zur Implementierung der Programme und dem Ausschluss der Zivilgesellschaft wieder.

Gute Regierungsführung und wirtschaftliche Entwicklung

Das wichtigste Ziel des *Regional Indicative Strategic Development Plan* (RISDP) ist die Vertiefung der Integration mit Blick auf eine beschleunigte Armutsverminderung und die Verwirklichung ökonomischer und anderer Entwicklungsschritte. Im Fokus stehen dabei Handel, wirtschaftliche Liberalisierung und Entwicklung. Die Implementierung des RISDP begann im Jahr 2005 und ist auf 15 Jahre ausgelegt. Wichtige Meilensteine auf dem Weg zur Umsetzung sind die Verwirklichung einer Freihandelszone bis 2008, einer Zollunion bis 2010, eines gemeinsamen Marktes bis 2015, einer Währungsunion mit Zentralbank bis 2016 und die Einführung einer gemeinsamen Währung bis 2018.

Evaluierung durch das SADC-Sekretariat

Der RISDP gibt einen Überblick über die wirtschaftlichen und sozialen Trends in der Region, identifiziert bereits vorhandene Politikstrategien sowie Lücken in diesen und legt die Politikfelder mit höchster Priorität fest. Im August 2012 hat das SADC-Sekretariat eine interne Prüfung des RISDP durchgeführt, um dessen Implementierung in den Jahren 2005 bis 2010 zu analysieren. Die drei Kriterien hierfür waren Kohärenz, Effektivität sowie Effizienz der eingeleiteten Maßnahmen. Die Daten für die Analyse setzen sich aus jährlichen Fortschrittsberichten, Sitzungsprotokollen, Evaluierungsberichten und Befragungen der Mitgliedsstaaten zusammen.

Erkenntnisse des Berichts

Allgemein wurde festgestellt, dass in den meisten Schlüsselbereichen des RISDP zwar Fortschritte erzielt wurden, aber noch weitere Anstrengungen zur tatsächlichen Umsetzung nötig sind. In den untersuchten fünf Jahren wurden einige wichtige, bindende Protokolle zur Umsetzung des RISDP verabschiedet. So wurde beispielsweise das *Protocol on Gender and Development* von fast allen Mitgliedsstaaten ratifiziert. Der Frauenanteil in den nationalen Parlamenten der Region liegt mit 24 Prozent nun über dem weltweiten Durchschnitt von 19 Prozent. In den Bereichen Wirtschaft, Infrastruktur sowie Nahrung und Landwirtschaft wurden mehr als

50 Prozent der Ziele erreicht. Die Etablierung einer Freihandelszone wurde fristgerecht umgesetzt. Die darauf aufbauende Zollunion ist bisher jedoch nicht wie geplant zustande gekommen.

In Bezug auf die soziale und menschliche Entwicklung sowie auf themenübergreifende Belange wie die Gleichstellung der Geschlechter oder Umweltschutz wurden bisher weit weniger als die Hälfte der Indikatoren erfüllt. Die Mitgliedsstaaten stellen mangelnde bis keine nationalen Mittel für die Umsetzung der Ziele bereit, wodurch die meisten nur auf dem Papier bestehen.

Das Fazit des Berichts beinhaltet daher die Forderung, dass das SADC-Sekretariat selbst die Umsetzung in den Nationalstaaten stärker unterstützen soll und zudem alle nationalen und regionalen Interessengruppen in die Planung und Implementierung mit einbezogen werden müssen. In diesem Zusammenhang müssen auch klare Verantwortlichkeiten geschaffen werden. Außerdem sollten die Ziele realistischer formuliert und deren Umsetzung kontinuierlicher evaluiert werden.

Gemeinsame Basis durch sicherheitspolitische Zusammenarbeit

Der *Strategic Indicative Plan for the Organ* (SIPO) soll gemeinsame Handlungsmuster zur Bewältigung der sicherheitspolitischen Herausforderungen in der Region vorgeben. Die Mitgliedsstaaten sehen vor allem politische, soziale und wirtschaftliche Krisen, weniger militärische Auseinandersetzungen als die großen Gefahren für die Sicherheit der Region. Daher ist auch das Ziel des SIPO, in erster Linie die nötige Grundlage für die Implementierung der Entwicklungsagenda, also des RISDP und der aus ihm abgeleiteten Protokolle, zu schaffen. Somit ergänzen sich die beiden Pläne durch ihre komplementären Ziele von Sicherheit und wirtschaftlicher Entwicklung zur Bekämpfung der Armut in der Region.

Inhalte der Sicherheitskooperation

Die behandelten Themen reichen vom Klimawandel über wirtschaftliche Rezessionen bis zu Korruption, grenzüberschreitendem Verbrechen und Piraterie; von der HIV/AIDS-Epidemie über Nahrungssicherheit und

Migration bis hin zu Konflikten und Terrorismus. Wie bei der Umsetzung des RISDP wurden auch für die Realisierung des SIPO einige bindende Protokolle zu einzelnen Themen ratifiziert, wie beispielsweise das *Protocol on illicit drug trafficking, firearms and ammunition*. Zudem wurden grenzüberschreitende Polizeieinsätze eingeführt und mit der gemeinsamen Planung der regionalen Migration begonnen. Allerdings bleiben viele Sicherheitsgefährdungen bestehen, und viele Ziele wurden nicht oder nicht hinreichend erreicht. Daher wurde nach der Evaluierung im November 2012 eine überarbeitete Version als SIPO II verabschiedet.

Neufassung der Sicherheitsstrategie

Die vorgenommenen Änderungen halten sich allerdings im Rahmen der bisherigen Logik des SIPO und wurden unter geringem Einbezug der verschiedenen Interessengruppen vorgenommen. Beide Versionen beinhalten eine Analyse der sicherheitspolitischen Lage sowie eine Auflistung der Herausforderungen und der Ziele in Bezug auf die Sektoren Politik, Verteidigung, Staats- und öffentliche Sicherheit. Im SIPO II kommt die Polizei als fünfter Sektor hinzu. Ob dies eine stimmigere Unterteilung darstellt, bleibt fraglich. Sinnvoll scheint die feinere Aufspaltung der Ziele in grundlegende Strategien, spezifische Aktivitäten zur Realisierung und Indikatoren für die Ergebnisse. Allerdings ist hier teilweise fraglich, ob die Inhalte jeweils schlüssig einer Ebene zugeordnet wurden.

Wichtige Themen missachtet

Expert_innen sehen nach wie vor politische Rivalitäten der Mitgliedsstaaten als entscheidendes Hindernis für das Voranschreiten der sicherheitspolitischen und institutionellen Integration. Diese werden in der vorgelegten Überarbeitung des Strategiepapiers weder thematisiert noch gemindert. Zudem bleibt das Problem bestehen, dass sich die Auffassung der Regierungschefs von Sicherheit vor allem auf die Sicherheit des Staatsapparates und weniger auf die der einzelnen Bürger_innen bezieht. So werden exekutive Institutionen wie Polizei und Eingreiftruppen gestärkt, aber keine rechtlichen Institutionen für Menschen- und Bürgerrechte. Zwar ist auch die Garantie und Überwachung dieser Rechte im SIPO

festgeschrieben, eine Instanz zu deren Durchsetzung wird allerdings nicht erwähnt. Zudem wurde im August 2012 auf dem SADC-Gipfeltreffen beschlossen, dem SADC-Tribunal die Rechtsprechungsbefugnis für Menschenrechtsfragen zu entziehen. Einzelne Bürger_innen sind nicht mehr befugt, das Gericht bei Rechtsverletzungen durch ihre Staaten anzurufen. Dies bedeutet einen herben Rückschlag für die Rechtsstaatlichkeit im Südlichen Afrika, welche laut SADC-Grundlagenvertrag eines der Kernprinzipien der Gemeinschaft darstellen soll.

Politische Gemeinschaft

Im SIPO II werden dagegen beträchtliche Fortschritte bei guter Regierungsführung und Wahlbeobachtungen gelobt. Die politische Lage sei gekennzeichnet durch die Akzeptanz von politischem Pluralismus und der regelmäßigen Durchführung demokratischer Wahlen sowie der Konsultation verschiedener Interessengruppen. Dies ist im Sinne des SADC-Grundlagenvertrags, der als Ziel der Integration nicht nur Entwicklung und Armutsbekämpfung festschreibt, sondern auch die Entstehung gemeinsamer politischer Werte und Institutionen. Zu deren Realisierung wurden 2004 die *SADC Principles and Guidelines Governing Democratic Elections* als bisher erstes und einziges verbindliches SADC-Protokoll mit politischem Inhalt verabschiedet. Auf dessen Grundlage besteht für die Mitglieder die Möglichkeit, eine SADC-Wahlbeobachtungsmission zu nationalen Wahlen zuzulassen. In der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen in Simbabwe im Jahr 2008 entschied eine solche Mission, dass die Wahl nicht den regionalen Standards entsprochen und nicht den Willen des Volkes repräsentiert habe. Diese Entscheidung war ein seltenes Bekenntnis zu den Werten der SADC. Allerdings führte auch sie nicht zum international geforderten Ausschluss des unrechtmäßigen Staatsoberhauptes Mugabe von den Regionaltreffen. Zumindest wurde die Gemeinschaft in diesem und weiteren Konflikten als Vermittler aktiv und wird in dieser Rolle anerkannt.

Grundlegende Hürden für die Integration

Allgemein deuten sich bei beiden Evaluierungen und der Analyse des Umgangs der Regierungen mit den Strategieplänen ähnliche, grundlegende Probleme auf dem



Weg zu einer stärkeren Integration und der gemeinsamen Erzielung von Sicherheit und Entwicklung an.

Nationale SADC-Komitees

Das Fehlen der wichtigen Verbindung zwischen regionaler und nationaler Ebene ist ein Grundproblem der SADC und zeigt sich vor allem an der mangelnden Implementierung von eingegangenen Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten durch die SADC-Nationalkomitees. Diese stellen in der Theorie die zentralen nationalen Institutionen zur Umsetzung der Strategiepläne und Protokolle dar. Außerdem sollen sie durch die Einbeziehung der verschiedenen Interessengruppen – Privatwirtschaft, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen sowie Medien – und durch ihre Nähe zur Bevölkerung eine stärkere Integration von unten fördern. Tatsächlich herrscht jedoch Unklarheit über die Anforderungen der Komitees, und regelmäßige Treffen aller Interessengruppen finden nicht statt. Zudem werden die Sekretariate der Komitees nicht als neue, unabhängige Institution etabliert, sondern stellen oft nur einen Anhang in einem Ministerium der Mitgliedsländer dar. Dort ist eine einzelne Person, zusätzlich zu ihren eigentlichen Aufgaben, für die Koordinierung der SADC-Belange zuständig. Ein eigenes Budget für die Komitees ist in den nationalen Haushaltsplänen ebenfalls nicht vorgesehen. Den zuständigen Personen fehlt es dementsprechend an Zeit und Ressourcen zur effektiven Implementierung von regionalen Beschlüssen, aber auch an spezifischem Wissen und Qualifikationen. All dies zeigt deutlich die niedrige Priorität der regionalen Integration auf nationalstaatlicher Ebene und das fehlende Interesse der Regierungen, den Integrationsprozess offen zu gestalten und zügig voran zu bringen.

Einbeziehung der Zivilgesellschaft

Die SADC stellt bisher hauptsächlich ein Projekt politischer und technokratischer Eliten dar. Obwohl die SADC-Mitgliedsstaaten im Gründungsvertrag die Beteiligung der Zivilgesellschaft am Integrationsprozess festgeschrieben haben, wird die Agenda der regionalen Integration von den Staatschefs monopolisiert. Nationale und vor allem regionale Verbände der Zivilgesellschaft kämpfen für eine stärkere Einbeziehung ihres Wissens und der

Interessen der Bürger_innen und fordern einen demokratischen Integrationsprozess. Boichoko A. Dithlake, Direktor des regionalen Dachverbandes der Nichtregierungsorganisationen SADC-CNGO, erklärt, dass die SADC-Institutionen keine Verbindung zu den einfachen Bürger_innen haben und diese im Integrationsprozess nicht nur ignoriert, sondern ihre Teilhabe aktiv untergraben wird. Dem versuchen die zivilgesellschaftlichen Organisationen mit gemeinsamen Bemühungen entgegenzuwirken. Die regionalen Dachverbände der NGOs, kirchlichen Organisationen und Gewerkschaften haben sich zu einem *Alliance Pact* zusammengeschlossen, um ihre Aktionsfähigkeit und Schlagkraft zur Durchsetzung von demokratischen und sozialen Forderungen zu verbessern. Dazu veranstalten sie jährlich das *Civil Society Forum*, auf welchem sie ihre Forderungen für den Integrationsprozess diskutieren und die Ergebnisse beim anschließenden SADC-Gipfeltreffen den Staats- und Regierungschefs präsentieren. Die Stärke der Zivilgesellschaft, aber auch von wissenschaftlichen Institutionen und den Parlamenten der Region sollten die Regierungen nicht als Bedrohung ihrer Souveränität, sondern als selbstverständliche und wertvolle Ergänzung betrachten.

Erbe der *Frontline States*

Tatsächlich sehen einige Teile der Eliten die SADC noch immer im Sinne der ursprünglichen Gründungsidee der *Frontline States*, dem Zusammenschluss gegen das Apartheidregime Südafrikas. Somit stellt die gegenseitige Unterstützung unter den mächtigen Männern der Region ein höheres Gut dar als die Berücksichtigung und Stärkung der Belange der Bevölkerung. Dies zeigt sich besonders deutlich am fehlenden Schutz der Menschen- und Bürgerrechte und der mangelnden Anwendung von Demokratiestandards. Diese spielen bereits im SIPO eine untergeordnete Rolle. Ihre Missachtung wird allerdings durch die Aussetzung der Rechtsprechungsbefugnis des SADC-Tribunals für Menschenrechtsfragen noch deutlicher offengelegt. Der Beschluss folgte nach der Verurteilung des Mugabe-Regimes in einer Klage simbabwischer Bürger_innen gegen ihren Staat. Die Regierung Simbawes erkannte das Urteil nicht an und schaffte es, aufgrund der Loyalitätssentiments unter den Regierungseliten die ganze Region ihres Menschenrechtsschutzes zu entledigen. Dieser Rückschritt in Bezug auf die ohnehin kaum vorhandene Abgabe von nationaler Souveränität



zeigt deutlich das Verhältnis der Regierungschefs zur SADC. Ohne Schritte hin zur Supranationalität können die Menschenrechte der Bevölkerung nicht effektiv geschützt werden, und auch Angleichungen auf anderen Gebieten sind ohne supranationale Komponenten nicht möglich.

Macht der Regierungseliten

Die Regionalorganisation hat, noch stärker als die Nationalstaaten, ein erhebliches Demokratiedefizit im Sinne einer übermächtigen Exekutive sowie einer schwachen Judikative und Legislative. So gibt es auf SADC-Ebene neben dem ohnmächtigen Tribunal auch kein Regionalparlament. Lediglich das Parlamentsforum, das sich aus Vertreter_innen der nationalen Parlamente zusammensetzt, versucht Interessen der Bürger_innen auf regionaler Ebene zu bearbeiten. Es bleibt jedoch ohne großen Einfluss und ohne jegliche Gesetzgebungsbefugnis.

Neuer Sinn für regionale Integration

Mit Blick auf die stockende Integration stellt sich die Frage, ob sich neue, sinnstiftende Elemente zur Ablösung der Frontline-States-Idee als Anreiz für weitere Schritte finden lassen. Bringt die SADC den Staaten mehr Stabilität, eine stärkere Wirtschaft oder sonstige Vorteile? Können sich demokratische Grundsätze als gemeinsames Wertefundament durchsetzen?

Schwache Handelsbeziehungen

Mit Blick auf die wirtschaftliche Integration stellt der Handel innerhalb der Region anders als in der Europäischen Union (EU) nur knapp ein Fünftel des Gesamthandelsvolumens dar. Fast die Hälfte der Exporte fließt in die asiatisch-pazifische Wirtschaftsgemeinschaft und etwa ein Viertel in die EU. Der Nutzen für die wirtschaftliche Entwicklung stellt somit keinen starken Anreiz für die Integration dar. Manche Expert_innen sind der Meinung, dass die momentanen Produktpaletten der einzelnen Länder zu ähnlich sind, als dass verschiedene Spezialisierungen und damit ein stärkerer intra-regionaler Handel möglich seien. Außerdem seien die Märkte des Südlichen Afrikas auch zusammengenommen zu klein, um

Skaleneffekte zu erzielen und auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein. Das Ziel der Staaten ist zwar, die nötige Entwicklung und Diversifizierung zu erreichen, dabei bestehen allerdings noch Hindernisse. Zum einen ist unklar, welchen Einfluss die starke wirtschaftliche Vormachtstellung Südafrikas in der Region hat. Diese könnte sowohl die Entstehung eigener Industrien in den Nachbarländern vermindern und zu Migrationsflüssen nach Süden führen, aber auch das Zuggpferd für die Industrialisierung der Region verkörpern.

Zu viele Regionalgemeinschaften

Zum anderen stellen uneinheitliche und sich überschneidende Wirtschaftspartnerschaften ein Problem für eine Vereinheitlichung des SADC-Raumes dar. So schloss sich ein Teil der SADC-Staaten – Südafrika, Namibia, Botswana, Swasiland und Lesotho – bereits 1910 zur Southern African Customs Union (SACU) zusammen. Bei den Verhandlungen zu Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der EU führte diese eine Spaltung und damit Schwächung der Regionalgemeinschaft herbei. Die nördlichen SADC-Staaten verhandeln im Rahmen des Gemeinsamen Marktes für das Östliche und Südliche Afrika (COMESA), mit Südafrika hat Brüssel bereits ein separates Handels-, Entwicklungs- und Kooperationsabkommen abgeschlossen, und nur sieben der 15 SADC-Staaten arbeiten an einem SADC-Partnerschaftsabkommen. Auch jenseits der Fragmentierung durch die EU gibt es kaum exklusive Loyalität. Mit Ausnahme von Mosambik sind alle SADC-Staaten gleichzeitig Mitglieder in anderen Regionalgemeinschaften wie der COMESA oder der Ostafrikanischen Gemeinschaft. Dies führt zu unterschiedlichen Verpflichtungen für verschiedene SADC-Staaten und erschwert einheitliche Wirtschafts- und Handelsregeln innerhalb der Region. So ist klar, warum das Ziel einer Zollunion, die gemeinsame Außenzölle und eine Annäherung der Wirtschaftspolitik voraussetzt, nicht erreicht wurde. Eine Vereinheitlichung müsste die jeweiligen Partner der Mitgliedsstaaten miteinschließen. Eine solche Integration in größerem Rahmen sehen einige Expert_innen sogar als Chance für eine stärkere panafrikanische Zusammenarbeit. Diese bedarf aber wiederum eines starken politischen Willens.

Gemeinsame Werte

Neben dem schwer messbaren wirtschaftlichen Nutzen der Regionalintegration ist fraglich, ob die Staaten und die Bevölkerung der Region gemeinsame Werte vertreten, die sie zu einer engeren Zusammenarbeit veranlassen. Laut Grundlagenvertrag sollen demokratische Werte die Basis der politischen Integration sein. Tatsächlich sehen Expert_innen die SADC vor allem mit Blick auf die starke finanzielle Abhängigkeit von den internationalen Partnern eher als Rechtsperson, die es den Mitgliedsstaaten ermöglicht, mehr Finanzhilfen einzufordern. Die bevorzugte Förderung regionaler Wirtschaftsgemeinschaften ist nicht zuletzt aufgrund des Erfolgs der EU der Trend der letzten Jahre. Diese These wird durch die schlechte Zahlungsmoral der Staaten in Bezug auf die Mitgliedsbeiträge bekräftigt. Damit berauben sich die Staatschefs, die an ihrer Souveränität festhalten, selbst ein Stück weit ihrer Gestaltungsmöglichkeiten. Auch lokale und nationale Organisationen der Zivilgesellschaft fühlen sich zum Engagement auf regionaler Ebene aufgefordert, um weiterhin finanzielle Unterstützungen zu erhalten. Damit begeben sie sich ebenfalls in neue Abhängigkeiten, obwohl nicht alle gemeinsame Werte erkennen und die Arbeit vor Ort für wichtiger halten. Andere Verbände wie das Media Institute of Southern Africa sind dagegen der Meinung, dass Werte wie Transparenz, demokratische Mitbestimmung und öffentliche Debatten Forderungen aller Menschen der Region seien und die Zusammenarbeit auf SADC-Ebene durchaus ein neuer Weg für Veränderungen darstellen könne. Durch Veranstaltungen wie das *Civil Society Forum* sollen gemeinsame Werte diskutiert und gestärkt werden, sodass die SADC ein Projekt der Bürger_innen werden kann.

Ausblick

Es ist fraglich, ob die beiden Evaluierungsprozesse des RISDP und des SIPO große Veränderungen in der Aus-

richtung der SADC nach sich ziehen werden. Für den RISDP ist bereits seit dem vergangenen Jahr eine umfangreichere Analyse, diesmal unter Einbezug aller Interessengruppen, im Gange. Sie soll die Schlüsselprobleme und Prioritäten für die nächste Implementierungsphase erfassen. Ob dies neuen Antrieb für die Umsetzung bringt, wird sich nach der Veröffentlichung zeigen.

Ein Großteil der Beobachter_innen ist sich einig, dass die bestehenden Verträge für die momentanen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Region zu ambitioniert sind und dass die verschiedenen Ziele Schritt für Schritt, dafür aber mit Überzeugung umgesetzt werden sollten. So empfiehlt das südafrikanische *Trade Law Center*, zuerst die beschlossenen und ratifizierten Protokolle umzusetzen. Gleichzeitig solle eine Integration der verschiedenen Geschwindigkeiten, wie sie auch bei der EU teilweise stattfindet, zugelassen werden, um den Integrationsprozess zu beschleunigen.

Die sozialen Probleme wie Armut, extreme Ungleichheit oder die Verbreitung von HIV/AIDS haben die SADC bisher nicht wesentlich gemildert. Die Menschen müssen aber eine spürbare Verbesserung ihrer Lebensbedingungen erfahren und sich in den von der SADC vertretenen demokratischen Werten und Grundsätzen wiederfinden. Die regionale Integration wird nur dann gelingen, wenn sie von ihren Bürger_innen mit ihren gewählten Institutionen und den selbstorganisierten Verbänden und Nichtregierungsorganisationen gewollt und getragen wird. Politische Vertreter_innen auf nationaler Ebene müssen die Integrationsagenda unter Einbeziehung aller Interessengruppen fördern. Die Zivilgesellschaft ist mit dem *Alliance Pact* bereits einen Schritt in die richtige Richtung gegangen und stellt ein wichtiges Bindeglied zwischen Regierungen und Bevölkerung dar. Der Zusammenschluss muss sich weiter professionalisieren, um als Partner ernst genommen zu werden und gleichzeitig die SADC durch mehr Bürgernähe zu einem Projekt der ganzen Region zu machen.



Über die Autor_innen

Helmut Elicher ist Landesvertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Botswana und Koordinator für die SADC-Region.

Janina Hirth hat Politikwissenschaft und öffentliches Recht an der Universität Heidelberg studiert und war Praktikantin bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Botswana.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Afrika
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Manfred Öhm, Leiter des Referats Afrika

Tel.: ++49-30-26935-7441 | Fax: ++49-30-26935-9217
<http://www.fes.de/afrika>

Bestellungen/Kontakt hier:
konstanze.lipfert@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-623-9